

»Früher spürte ich Angst. Jetzt Ekel«

IP im Gespräch mit der russischen Dissidentin Ludmilla Alexejewa

Ludmilla Alexejewa, Veteranin und Vorsitzende der Moskauer Menschenrechtsorganisation Helsinki-Gruppe, verfügt über ein halbes Jahrhundert Erfahrung als Opponentin des russischen Regimes – des sowjetischen wie des heutigen. Vom Westen erwartet sie nur noch wenig.

LUDMILLA MICHAJLOWNA ALEXEJEWÄ, geb. 1927, war eine der ersten sowjetischen Dissidentinnen. Die Moskauer Wohnung der Historikerin war seit 1956 Treffpunkt für Oppositionelle. 1976 gründete sie die Moskauer Helsinki-Gruppe mit und verfasste die erste umfassende Darstellung der sowjetischen Dissidentenbewegung. 1977 zur Emigration in die USA gezwungen, kehrte sie 1993 nach Moskau zurück. Seit 1996 ist sie Vorsitzende der Moskauer Helsinki-Gruppe.

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

IP: *Ludmilla Michajlowna, als Gründungsmitglied der Moskauer Helsinki-Gruppe gehören Sie zu den Veteranen der sowjetischen Dissidentenbewegung. Ist der Begriff für Sie heute wieder aktuell?*

Ludmilla Alexejewa: Dissident zu sein bedeutet, nicht einverstanden zu sein, abzulehnen. Und heute fühle ich mich – keineswegs ständig, aber seit 2000 immer häufiger – wieder als Dissidentin. Die heutige Staatsmacht missachtet Menschen- und Freiheitsrechte ganz bewusst, versucht alles und alle zu kontrollieren, mit altbekannten Mitteln wie Abhören, Beschatten oder Gewaltanwendung.

IP: *Die Sowjetdiktatur kehrt zurück?*

Alexejewa: Das hoffe ich nicht. Die Machthaber heute sind in einer viel schwierigeren Lage als die damals. Die Verfassung und Gesetze der Sowjetunion gaben den Organen alle Rechte, Abweichler zu verfolgen. Un-

sere Helsinki-Gruppe war für sowjetische Verhältnisse wirklich verfassungswidrig, weil die Verfassung gesellschaftliche Organisationen ohne Parteizelle nicht erlaubte. Heute ist die Lage umgekehrt. Die Staatsorgane verstoßen immer wieder gegen ihre eigenen Gesetze, wir Menschenrechtler dagegen kämpfen für deren Einhaltung. Wir sind also tatsächlich viel staatstragender als die Beamten.

IP: *Und das hat wirklich Einfluss auf die Praxis des staatlichen Vorgehens gegen die Dissidenten?*

Alexejewa: Natürlich. Wer sich in der Sowjetunion in der Menschenrechtsbewegung engagiert hat, der wusste, dass er nach spätestens zwei Jahren verhaftet wird. Wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda mit dem Ziel der Zerstörung der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung“, Paragraph 70, oder wegen „Verleumdung des sowjetischen Gesellschaftssystems“, Paragraph 190. Heute sind Verhaftungen die Ausnahme. Dafür werden mehr Leute ermordet. Und mangels juristischer Handhaben versucht man heute, missliebige Journalisten als Kriminelle hinter Gitter zu bringen.

IP: *Der sibirische Journalist Alexander Koswinzew, der in die Ukraine fliehen musste, nachdem der Gouverneur die Staatsanwaltschaft auf ihn angesetzt hatte, sagt, seine ersten Enthüllungsgeschichten zur Sowjetzeit hätten mehr Wirkung gezeigt als heute.*

Alexejewa: Koswinzew hat Recht. Wenn damals ein Skandal an die Öffentlichkeit kam, dann rollten Köpfe. Aber damals war es viel schwieriger, solche Materialien überhaupt in den Druck zu bringen. Heute sind im Fernsehen, der Hauptinformations-

quelle unserer Bevölkerung, kritische Themen inzwischen auch wieder unmöglich.

IP: *Letztes Jahr warf das Fernsehen Ihnen vor, die Helsinki-Gruppe lasse sich von englischen Spionen bezahlen ...*

Alexejewa: Eine völlig lächerliche Geschichte! Der englische Diplomat, den unsere Fernsehreporter angeblich als Spion entlarvt hatten, arbeitet bis heute in der Moskauer Botschaft. Bekanntlich werden Diplomaten, die wirklich als Agenten enttarnt worden sind, ausgewiesen. Die britische Stiftung, von der wir Geld bekamen, bezahlte unter anderem auch Fortbildungen für Offiziere der Russischen Streitkräfte. Wenn die Armee von den Briten Geld nehmen durfte, warum nicht auch wir? Ich habe das Erste Russische Fernsehen auf eine Gegendarstellung verklagt. Der Prozess wird mit allen Mitteln verzögert, aber irgendwann müssen sie ihr Unrecht doch eingestehen.

Und die neue Strategie des Staates, uns durch solche Denunziationen zu diskreditieren, geht nach hinten

»Heute sind Verhaftungen die Ausnahme. Dafür werden mehr Leute ermordet.«

los. Bei einer Umfrage erklärten jetzt 52 Prozent der Leute, falls sie sich in ihren Rechten verletzt fühlten, würden sie Hilfe bei den Menschenrechtsorganisationen suchen. Vor zwei Jahren waren es noch zwölf Prozent. Das ist ein alter sowjetischer Instinkt: Wen der Staat verteufelt, dem vertraut man erst recht.

IP: *Welche Bedeutung hatte für Sie und die anderen Dissidenten der Westen?*

Alexejewa: Der Westen bedeutete sehr viel für uns. Die Berichte westlicher Radiosender waren die einzige

Informationsquelle. Und wenn etwa Radio Swoboda über den Prozess gegen die Dissidenten Terz und Sinjajskij berichtete, war das die einzige öffentliche Unterstützung für uns. Wir haben den Westen damals idealisiert. Erst als ich 1977 immigrierte, lernte ich auch die Unfreiheiten der westlichen Gesellschaft kennen. In Amerika etwa kannst du den Präsi-

denten kritisieren
soviel und so
scharf du willst.
Aber wehe, du
wagst das bei dein-

em Vorgesetzten! Mein amerikanischer Chef war völlig erstaunt, als ich anfang, ihn zu kritisieren, so wie ich das früher bei meinem sowjetischen Vorgesetzten gemacht hatte.

IP: *Welche Länder haben Sie am meisten unterstützt?*

Alexejewa: Zu unseren Pressekonferenzen kamen amerikanische und interessanterweise auch niederländische Journalisten. Holland ist ein kleines Land, aber es war von Anfang an vorn dabei, wenn es um Menschenrechte ging. Die Franzosen und die Deutschen sind erst später gekommen.

IP: *Und war aus Ihrer Perspektive damals spürbar, dass der Westen politisch versuchte, Einfluss auf die Menschenrechtslage in Russland zu nehmen?*

Alexejewa: Es begann wohl mit Jimmy Carter, der bei jedem seiner Treffen mit den sowjetischen Führern die Menschenrechtsfrage ansprach. Ronald Reagan hat ihn dafür kritisiert: Amerika müsse auch in seiner Russland-Politik vor allem von den eigenen nationalen Interessen ausgehen. Aber als Reagan selbst Präsident geworden war, hat er Carters Menschenrechtsargumente noch schärfer vorgebracht.

Zu Beginn der achtziger Jahre schalteten sich auch die europäischen Regierungen ein. Irgendwann ist es regelrecht ein Ritual geworden, dass die westlichen Staatschefs bei jedem Treffen mit Breschnjew oder Gromyko Gewissens- und Glaubensfreiheit anmahnten. Aber umgekehrt haben wir auch dem Westen geholfen. Die Menschenrechtsverstöße, die wir dokumentierten, waren das Hauptmaterial, auf das die westlichen Politiker sich stützen konnten. Michail Gorbatschow war zu Beginn seiner Amtszeit überzeugt, in Russland sei mit den Menschenrechten alles in Ordnung. Er änderte seine Meinung erst nach Treffen mit westlichen Kollegen, die ihn mit den Fakten bekannt machten, die wir gesammelt hatten.

IP: *Und wie schätzen Sie die Politik des Westens heute ein?*

Alexejewa: Es sieht interessanterweise so aus, als hätten die westlichen Länder heute weniger Möglichkeiten, Russland unter Druck zu setzen. Das liegt vielleicht daran, dass die Sowjetunion dauernd unter wirtschaftlichen Problemen litt und deshalb mehr auf den Westen angewiesen war. Vielleicht fehlt den westlichen Politikern auch der Wille.

IP: *Aber inzwischen verkehren die westlichen Führer viel vertrauter mit dem russischen Präsidenten als früher mit den sowjetischen Generalsekretären. Müsste es nicht sogar leichter sein, den russischen G-8-Partner in die Pflicht zu nehmen?*

Alexejewa: Im Mai 2005 habe ich mit anderen Menschenrechtlern an einem Treffen mit George W. Bush teilgenommen. Wir legten ihm die Rechtsverletzungen des russischen Staates dar, er hörte sich alles an und erklärte dann: ‚Gut, ich werde mit Präsident

Putin darüber reden. Aber so, dass unsere freundschaftliche Beziehung darunter nicht leidet.' Die Europäer sind lange Zeit noch ängstlicher gewesen. Schröders Benehmen zum Beispiel war eine Schande. Immer wenn ihm das Problem vorgehalten wurde, hat er erklärt, in Russland sei alles in bester Ordnung. Auch Berlusconi trat als ein Herz und eine Seele mit Putin auf. Ein Signal zur Wende hat erst Angela Merkel bei ihrem ersten Moskau-Besuch als Kanzlerin gesetzt, als sie demonstrativ Menschenrechtler in die Deutsche Botschaft einlud und sich dort lange mit uns unterhielt. Aber auch sie verhält sich insgesamt sehr vorsichtig.

IP: *Warum, Ihrer Meinung nach?*

Alexejewa: Ich kann Europa ja verstehen. Russland liefert heute Gas, und für jede Regierung sind gut geheizte Wohnungen in der Heimat wichtiger als die Menschenrechte in einem anderen Land. Nur die Holländer bleiben ihrer Linie treu. Und die Finnen, die früher vor der Sowjetunion gedient haben, werfen jetzt gegenüber Moskau offensiv die Menschenrechtsfrage auf, ebenso Norwegen und Dänemark. Man hat mir erklärt, das läge daran, dass sie nicht vom russischen Gas abhängig seien, sondern von Norwegen versorgt werden.

IP: *Je mehr Gasimporte aus Russland, desto weniger Kritik an Russland: Müssen Sie also den Westen als Verteidiger der Menschenrechte abschreiben?*

Alexejewa: Nein. Finanziell würden wir ohne die Hilfe westlicher Stiftungen gar nicht überleben. Wir können ja kein Geld vom russischen Staat verlangen, den wir ständig kritisieren. Und die russischen Großkapitalisten

können wir auch nicht um Geld angehen. Jeder hat ja gesehen, was mit Chodorkowskij passiert ist. Ich möchte nicht daran beteiligt sein, dass noch jemand im Gefängnis landet. Allerdings fließt auch das westliche Geld jetzt spärlicher, weil die ausländischen Stiftungen in Moskau ebenfalls unter Druck geraten sind.

IP: *Russland unter Putin nimmt scheinbar nur die schlechtesten Werte des Westens an: Konsum, Luxus, exzessive Freizeitgestaltung. Ängstigt Sie das neue Systemgemisch aus staatlicher Willkür und Reality-Shows?*

Alexejewa: Natürlich verbreiten sich Jeans und Coca-Cola schneller als bürgerliche Tugenden.

Aber jetzt reisen »Schröders Benehmen unsere Leute auch war eine Schande.

in den Westen und Auch Berlusconi trat sehen, dass es als ein Herz und eine Staaten gibt, in Seele mit Putin auf.«

denen Polizisten und Richter nicht käuflich sind. Die Menschen registrieren durchaus, wohin sich das Regime entwickelt. Die neue Bürokratie ist bei den sozial Schwachen ebenso verhasst wie bei reichen Unternehmern. Früher zu Sowjetzeiten hatte ich Angst, jetzt spüre ich vor allem Ekel. Und im Gegensatz zur Sowjetunion haben sich gesellschaftliche Bewegungen organisiert, die nicht mehr nur um Grundrechte kämpfen, sondern offensiv ihre Interessen vertreten. Das System ist viel wacklicher als zu Sowjetzeiten. Als wir die Helsinki-Gruppe gründeten, hätte niemand auch nur zu träumen gewagt, dass die Sowjetunion sich grundlegend verändern könnte, geschweige denn, dass sie zusammenbricht.

Das Gespräch führte Stefan Scholl.